



Kreis Esslingen

Deizisau

Kreis behält nun doch Asylunterkunft

Eigentlich wollte die Gemeinde Deizisau im Laufe dieses Jahres drei weitere Wohnungen in der Flüchtlingsunterkunft in der Sirnauer Straße anmieten. So war es mit der Kreisverwaltung abgemacht. Doch nun beansprucht der Landkreis die Wohnungen weiterhin für sich selbst. Es habe ein deutliches Gespräch mit dem Landratsamt gegeben, sagte Bürgermeister Thomas Matrohs. Ihm sei dann zugesagt worden, man werde die Möglichkeit einer Übergabe im Oktober nochmals prüfen.

Die Gemeinde Deizisau wollte in diesen Wohnungen Flüchtlinge unterbringen, die derzeit in Altbauten im Ort wohnen. Beispielsweise an der Kirchstraße gegenüber dem evangelischen Gemeindehaus. Das Gebäude soll der Ortskernsanierung weichen. Mit den ersten Abrissen wolle man zügig beginnen, sagt Matrohs. Mit Ach und Krach habe man eine andere Lösung für die Flüchtlinge gefunden. Das Haus liege ebenfalls im Sanierungsgebiet, werde aber erst später benötigt.

In der neu gebauten Unterkunft in der Sirnauer Straße hat die Gemeinde bisher drei von zehn Wohnungen angemietet. Mit den drei weiteren Einheiten hätte sie 27 Schlafplätze bekommen. Nächstes Jahr, so war der Plan, wollte die Gemeinde dem Kreis die Wohnungen abkaufen. Der Kreis benötigt Räume für die Erstunterbringung, die Gemeinde ist nach einhalb Jahren für die Anschlussunterbringung zuständig. *rok*

Wahlkreis Nürtingen

Renata Alt zieht für FDP in Wahlkampf

Für die Bundestagswahl im kommenden Jahr hat die FDP Renata Alt als Kandidatin im Wahlkreis Nürtingen nominiert. Für sie stimmen 93 Prozent der Mitglieder bei zwei Nein-Stimmen, teilt die FDP mit. Die 54 Jahre alte Chemie-Ingenieurin und Ex-Diplomatin hat damit zum dritten Mal den Hut erfolgreich in den Ring geworfen. Für sie „gibt es eine Zeit nach der GroKo, und die wollen wir Freien Demokraten mitgestalten“, sagte die Kandidatin. Der Stuttgarter Landesregierung wirft sie vor, einen Kreuzzug gegen den Verbrennungsmotor zu führen, sich aber anderen Angeboten neben der E-Mobilität zu verschließen.

Angesichts der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise will sich Renata Alt für die Modernisierung Deutschlands einsetzen. Allerdings sieht sie die Gefahr eines „Übergleitens“ in die Staatswirtschaft und plädiert für die Erhaltung und die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft. Für zwingend erachtet Renata Alt mehr Investitionen in die digitale Bildung, für die sie sich schon seit Jahren einsetze. „Seit Corona wissen wir, warum wir mit unserem Drängen nie nachgelassen haben.“ *StZ*

Ostfildern

Radfahrer stoßen in Kurve zusammen

Auf einem Feldweg zwischen Ostfildern-Ruit und Stuttgart-Heumaden sind am Montagabend zwei Fahrradfahrer zusammengestoßen. Kurz nach 19 Uhr waren sich die 19 und 53 Jahre alten Radler in einer schlecht einsehbaren Kurve begegnet. Da der 19-Jährige ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge auf dem Feldweg die Kurve schnitt, kam es zu dem Zusammenstoß. Der 53-Jährige zog sich beim Sturz Kopfverletzungen zu und wurde in eine Klinik gebracht. Der 19-Jährige erlitt leichte Verletzungen. Beide Fahrradfahrer trugen laut der Polizei keinen Helm. *StZ*

Kontakt

Redaktion Kreis Esslingen
Telefon: 07 11/7205-1311
E-Mail: region@stzn.de

Der Kampf um das Hölderlinhaus geht weiter

Die Kosten des Projekts in Nürtingen steigen, und es liegen zwei Beschwerden dagegen vor. Von Thomas Krazeisen.

Sollte sich beim umstrittenen Umbau des Nürtinger Hölderlinhauses das Blatt noch wenden? Wie zu erfahren war, liegen dem Regierungspräsidium in Stuttgart zwei Kommunalaufsichtsbeschwerden vor, zudem ein Widerspruch eines Nachbarn. Die Behörde bestätigte auf Anfrage deren Eingang. Das Haus, in dem der Dichter Friedrich Hölderlin den größten Teil seiner Kindheit und Jugend verbrachte und in das er auch später immer wieder zurückkehrte, soll entkernt und aufgestockt werden.

Bereits deutlich erhöht haben sich die veranschlagten Kosten. In der Gemeinderatssitzung am 3. Dezember des vergangenen Jahres schluckte das Gremium die Kröte einer Kostensteigerung innerhalb von nur sechs Monaten von 5,36 Millionen auf sieben Millionen Euro für eine Haus-in-Haus-Lösung des Stuttgarter Büros Aldinger Architekten. Die Fraktionen sandten aber das klare Signal an Planer und Verwaltung, dass man nicht gewillt sei, die aufgerufenen sieben Millionen Euro zu überschreiten.

In den aktuellen Beschwerden wird die damals präsentierte Kostenoptimierung als nicht plausibel und nachvollziehbar gerügt, es seien erhebliche Mehrkosten zu erwarten. Laut einer inzwischen von der Stadtverwaltung veröffentlichten Sitzungsvorlage werden nun Kosten in Höhe von 8,2 Millionen Euro inklusive eines Puffers veranschlagt.

Und es soll noch mehr historische Bausubstanz verschwinden. Laut dem jüngsten Beschlussantrag sollen jetzt auch die sogenannten Hölderlinwände der Ost- und Nordfassade im Erd- und im Obergeschoss fallen: „Zur Kostenoptimierung“ werde auf deren Erhaltung verzichtet. Eine Bestandssanierung ohne Aufstockung wird in der aktuellen Vorlage mit 5,6 Millionen Euro veranschlagt. Laut einer der Beschwerden würde die verabschiedete Aldinger-Aufstockungsvariante nicht einmal 40 Quadratmeter Nettoflächengewinn bringen.

Zum Vorwurf der Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes durch die Vorberatung in einer nicht öffentlichen Sitzung am 12. November des vergangenen Jahres sagte der Nürtinger Oberbürgermeister Johannes Fridrich, es habe sich „nicht um eine Vorberatung, die eine Diskussion in öffentlicher Sitzung vorwegnehmen sollte“, gehandelt, sondern lediglich um eine „Information des Gremiums“. Im Protokoll ist festgehalten: „Für den Gemeinderat sind die Weiterentwicklung der Planung und die Kostenberechnung keine neuen Informationen, da der Gemeinderat darüber ausgiebig in der letzten nicht öffentlichen Sitzung diskutiert hat.“

Für die Öffentlichkeit fasse der Oberbürgermeister die neue Entwicklung zusammen. Jetzt erklärte Fridrich auf Nachfrage, dass der Gemeinderat, wie im Dezember zugesagt, über das Vergabeverfahren und die Kostenentwicklung auf dem Laufenden halten werde – deshalb werde „über das Hölderlinhaus am 28. Juli erneut im Gemeinderat öffentlich beraten“. Die eigentliche Sachdiskussion galt damals, nachdem die Fraktionen ihre Stellungnahmen vorgetragen hatten,



Das Hölderlinhaus soll nach wie vor entkernt und aufgestockt werden. Foto: Thomas Krazeisen

einem Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NT 14 auf Vertagung der Beschlussfassung wegen ungeklärter Fragen, nicht zuletzt mit Blick auf die Förderfähigkeit der von NT 14 befürworteten Variante Bestandssanierung. Laut Sitzungsvorlage hätte diese Alternative Folgendes zur Konsequenz: „Die an das Projekt in seiner beschlossenen Gesamtzielsetzung gebundenen Fördermittel von 2,7 Millionen Euro könnten nicht abgerufen werden.“ Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium erklärte jetzt auf Nachfrage, eine Bestandssanierung sei ebenfalls förderfähig, solange die grundsätzlichen Fördervoraussetzungen erfüllt seien. Die Bewilligung von Finanzhilfen sei „nicht an Architekten oder Baufirmen gekoppelt“. Für eine Bestandssanierung sind ebenfalls Überlegungen und ein ausgearbeiteter Entwurf vorhanden, da die Architektenbüros im Rahmen der Mehrfachbeauftragung auch diese Variante zu untersuchen hatten.

Ein anderes im Zusammenhang mit der Förderung von der Verwaltung kommuniziertes und von den Fraktionen getreulich nachbestätigtes, dabei nie hinterfragtes Junktim betrifft den Fertigstellungszeitpunkt. Um in den Genuss der Fördermittel zu kommen, sei „eine Fertigstellung bis Ende 2021 (...) zwingend erforderlich“, heißt es etwa in der Sitzungsvorlage zum 3. Dezember. Das Wirtschaftsministerium teilte damals auf Nachfrage mit: „Die Abrechnung als

Nachweis über den Einsatz der Fördermittel (...) ist unabhängig von der Fertigstellung des Bauvorhabens.“

Daran hat sich offenbar nichts geändert. „Maßgeblich ist unverändert, dass die Finanzhilfen innerhalb des Bewilligungszeitraums abgerufen werden und dann eine zeitnahe förderrechtliche Abrechnung als Nachweis des korrekten Mitteleinsatzes erfolgt“, heißt es auch jetzt aus dem Ministerium. Der Bewilligungszeitraum endet am 30. April 2022. Und selbst hier gibt es noch etwas Spielraum – das Wirtschaftsministerium werde bei Bedarf „einzelne Fallbeispiele“ prüfen, wurde bereits im Dezember mitgeteilt.

Ein weiterer Beschwerdepunkt lautet, die beschlossene Erhöhung des Dachfirsts um mehr als drei Meter und die Entkernung stellen eine Verletzung der Stadtbildsatzung dar. Darin wird unter „Allgemeine Gestaltungsgrundsätze“ festgehalten: „Erhaltung, Modernisierung und Sanierung von historisch wertvoller Bausubstanz hat Vorrang gegenüber dem Abriss und Neubau.“ Die Stadt verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass das Gebäude nicht denkmalgeschützt sei und sich auch mit der Änderung der Höhe baurechtlich in die Umgebungsbebauung einfüge. Zudem sei „die Mehrfachbeauftragung zum Hölderlinhaus (...) vor dem Inkrafttreten der Stadtbildsatzung initiiert“ worden.

Inzwischen werden Kosten von 8,2 Millionen Euro veranschlagt.

Stadt muss nicht für Unwetterschäden haften

Als außergewöhnlich wertet der Wetterdienst den Starkregen im Juni – zum Verdross der Esslinger Beutau-Anwohner. Von Melanie Braun

Für die Anwohner der Mittleren Beutau ist es keine gute Nachricht: Der Starkregen am 26. Juni wird vom Deutschen Wetterdienst als so extrem heftig eingeschätzt, dass er statistisch gesehen nur alles 80 Jahre vorkommt. Damit kann die Stadt für Schäden nicht haftbar gemacht werden. Das wollen die Anwohner allerdings so nicht stehen lassen. Denn aus ihrer Sicht hat die städtische Baustelle zur Sanierung des Geiselbachkanals dazu beigetragen, dass das Hochwasser für sie so dramatische Folgen hatte.

An jenem Freitagabend Ende Juni war Land unter in Esslingen. An vielen Stellen kam es zu Sturzfluten, Hochwasser und Schlammlawinen. Insgesamt 80 Mal musste die Feuerwehr ausrücken. Der Oberbürgermeister Jürgen Zieger rief den öffentlichen Notstand aus – damit übernimmt die Stadt die Kosten für das Leerpumpen der privaten Keller.

Besonders stark betroffen waren die Anwohnerinnen und Anwohner der Mittleren Beutau, wo das Regenwasser aus drei Tälern ohne jede Ausweichmöglichkeit zusammenfließt. Der Starkregen hatte die Straße von Haus Nummer 77 bis hinunter zur Einmündung der Turmstraße

in einen reißenden Strom verwandelt, der auch Häuser und Keller flutete.

Die Anwohner der Mittleren Beutau glauben, dass nicht der Starkregen allein ihnen die teils massiven Schäden bis hin zur Unbewohnbarkeit ihrer Häuser eingebrockt hat. Ihrer Meinung nach hat die Kanalsanierung in der Geiselbachstraße ihr Übriges dazu beigetragen, dass die Auswirkungen so heftig waren. Deshalb haben sie sich zur Initiative Beutaukanal zusammengeschlossen und bei der Stadt Unterstützung bei der Beseitigung der Schäden, Kostenerstattung und Aufwandsentschädigung eingefordert.

Im Rathaus sieht man sich durch die Einschätzung des Deutschen Wetterdienstes nun allerdings in dem bestätigt, was man zuvor schon vermutet hatte: Die Kommune kann für die Schäden nicht haftbar gemacht werden. An jenem Tag sind in nur 45 Minuten 48 Liter Regen auf den Quadratmeter geprasselt. Das sei weit mehr als das, was eine öffentliche Entwässerung leisten könne und müsse, sagt Uwe Heineemann, der Leiter des Esslinger Tiefbauamts. Für Starkregen dieses Ausmaßes müssten Hausbesitzer Rückstauklappen einbauen, wenn sie Überflutungen in



Tonnenweise Schutt und Steine musste die Stadt nach dem Starkregen aus Kanälen befördern. Foto: Stadt Esslingen

ihrem Haus verhindern wollten. Und die Kanalbaustelle habe die Sturzfluten weder verursacht noch verstärkt.

Damit wollen sich die Anwohner der Mittleren Beutau jedoch nicht zufrieden geben. „Wir wollen noch einige Fragen klären“, sagt Claudia Puffer, die Initiatorin der Interessengemeinschaft Beutaukanal. Unter anderem wolle man eruieren, ob es in den vergangenen Jahrzehnten wirklich keinen vergleichbaren Starkre-

Die Mehrfachbeauftragung erfolgte auf Basis der im Dezember 2017 vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Aufgabenstellung. Darin heißt es, der Bebauungsplan aus den 1990er Jahren und die Stadtbildsatzung „sind zu beachten“. Im Herbst desselben Jahres, als noch unter OB Heirich im zweiten Anlauf Fördergelder beantragt worden sind, wurde in der Untersuchung zur Festlegung des Sanierungsgebietes „Schlossberg II“ erklärt: „Die Altstadt steht als Gesamtanlage unter Denkmalschutz.“ Bereits im Mai 2017 verwies das Wirtschaftsministerium auf Nachfrage unserer Zeitung auf die Städtebauförderrichtlinie: Für „Gebäude, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Bedeutung erhalten bleiben sollen“, gelte sogar ein erhöhter Fördersatz.

Kommentar

Fixe Ideen für die Aufstockung



Eine seelenlose Entkernung des Nürtinger Hölderlinhauses wäre für das Kulturland eine Schande. Von Thomas Krazeisen

Friedrich Hölderlins Trost- und Mut-Devisen „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“ erhält in Nürtingen gerade eine unerwartete Aktualität. In der schon chronischen Hölderlinhaus-Krise ist Gefahr im Verzug – aber Rettung sehr wohl noch möglich. Oberbürgermeister Johannes Fridrich hat mit dieser „Altlast“ ein Danaergeschenk von seinem Vorgänger Otmar Heirich überreicht bekommen.

Anstatt das wahre Potenzial dieses geschichtsträchtigen und stadtbildprägenden Gebäudes zu retten, schlug man den Ratsschlag des eigens beauftragten Gutachters in den Wind und verfolgte fixe Repräsentations- und Aufstockungsideen. Dabei scheint nur ein eher bescheidener Nettoflächengewinn herauszuspringen. Und das um den Preis der Vernichtung des eigentlichen Zukunftskapitals des auf einem Schickhardt-Bau errichteten Hauses: seiner Originalität und Authentizität.

Im Nürtinger Hölderlinhaus entstand Weltliteratur – unter anderem arbeitete Hölderlin dort an seinem Roman „Hyperion“. Der einst zum Schlossareal gehörende „Schweizerhof“ war ein bürgerliches Wohnhaus, fungierte im 19. Jahrhundert als Spinn- und Industrieschule, beherbergte eine Suppenanstalt für Bedürftige, war eine Präparandenanstalt für angehende Lehrer, wurde als Kleinkinderschule, Knabenschule und schließlich im 20. Jahrhundert als Gymnasium genutzt.

Die Bausubstanz des Hauses ist, von Fachleuten bestätigt, im Wesentlichen intakt. Diesen einzigartigen Identitäts- und Erinnerungsanker in einer seelenlosen Entkernungsruine zu versenken wäre bauökologisch verantwortungslos, für Nürtingen ein unverzeihliches Vergehen an der eigenen Geschichte – und für das grün geführte Kulturland Baden-Württemberg nichts weniger als eine Schande.

gen gab – wenn doch, hätte die Stadt aus ihrer Sicht vorbeugen müssen. Auch die Fragen, ob die Absicherung der Baustellen die Wassermassen zusätzlich gestaut hat und ob die Wölbung des Straßenbelags im Zuge der Kanalarbeiten mehr Wasser in die Häuser spülte, stehen laut Puffer noch im Raum. Zudem will die Initiative die Stadt auffordern, den Baugutachter, der vor den Kanalarbeiten die Häuser inspezierte hat, noch einmal vorbeizuschicken. Er solle die neuen Schäden begutachten.

Klar ist schon, dass es etwa 15 Anwohner sehr heftig getroffen hat. Der Dreck ist inzwischen weitgehend beseitigt, aber in vielen Häusern laufen noch Trockner, um die Feuchtigkeit aus dem Gemäuer zu bekommen. Die Wohnung einer älteren Frau sei nicht mehr bewohnbar und mehrere Haushalte hätten Schäden in fünfstelliger Höhe zu beklagen, berichtet Puffer. Nicht bei allen sei die Versicherung bereit, die Kosten zu übernehmen.

Auch die Stadt ist nach wie vor mit den Folgen des Starkregens beschäftigt. Unter anderem mussten die Kanäle und Regenrückhaltebecken von tonnenweise Schutt und Steinen gereinigt werden, die von den Wassermassen mitgerissen worden waren. Zudem mussten die gerade erst frisch verlegten Rohre für den Geiselbachkanal wieder gerichtet und Schäden an Straßen behoben werden.

Da infolge des Klimawandels nun öfter mit Starkregen gerechnet werden müsse, will die Stadt im Herbst eine überarbeitete Starkregenanalyse vorlegen.